

Rede des Vorsitzenden der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Gen. Rezső Nyers, auf der Tagung des PBA der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages  
Bukarest, 7. - 8. Juli 1989

Verehrte Tagungsteilnehmer!

Im Namen der Delegation der Ungarischen Volksrepublik begrüße ich alle Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses mit Hochachtung. Unsere Delegation ist nach Bukarest gekommen, um den gegenseitig nützlichen Meinungsaustausch zu den Fragen der abgestimmten Tagesordnung zu fördern und zur Entwicklung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder beizutragen.

Im Zeitraum seit unserer letzten Tagung waren wir Zeuge bedeutender Veränderungen in der internationalen Lage. Wir sind der Meinung, daß sowohl die innere Entwicklung der sozialistischen Länder als auch ihr System der Beziehungen mit den anderen Staaten an die Schwelle einer neuen Epoche gelangt sind. In den zwischenstaatlichen Beziehungen beginnen die Erfordernisse des neuen Denkens eine immer bestimmendere Rolle zu spielen. Diese günstigen Veränderungen stehen in enger Wechselbeziehung zur Fähigkeit des Sozialismus zur Erneuerung sowie zu jenen vielgestaltigen, häufig widersprüchlichen Prozessen, die in unseren Ländern begonnen haben. Im Ergebnis dessen erwächst auch die Forderung nach Vervollkommnung der Zusammenarbeit unserer Länder.

Liebe Genossen!

Wir sind überzeugt, daß der internationale Einfluß der sozialistischen Länder und die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit entscheidend davon abhängen, ob es gelingen wird, in allen Beziehungen die zeitgemäße sozialistische Entwicklung unserer Länder zu gewährleisten. Sicherlich wird auf dem Treffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien im engen Kreis über

157

diese Fragen gesprochen werden, doch diese Fragen müssen auch hier angesprochen werden, denn sie üben einen entscheidenden Einfluß auf die Lage und die internationalen Positionen der sozialistischen Länder aus.

Was uns betrifft, so sind wir zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die bisherige Praxis des Aufbaus des Sozialismus nicht geeignet ist, auf die neuen Herausforderungen zu antworten. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß nicht der Sozialismus, sondern unsere bisherige Praxis in eine Krise geraten ist. Um die Krisenerscheinungen zu überwinden und die Gefahr des Zurückbleibens zu verhüten, ist es notwendig, einen zeitgemäßen Begriff vom Sozialismus auszuarbeiten und zu verwirklichen.

Auf der Parteikonferenz im Mai 1988 und den Tagungen des ZK der USAP, die in der nachfolgenden Periode stattgefunden haben, gelangten wir zu dem Entschluß, daß es notwendig ist, dem uns hinterlassenen schweren Erbe ins Auge zu sehen: dem überholten Leitungsmechanismus, der wissenschaftlich-technischen Rückständigkeit sowie den Erfordernissen der Weltwirtschaft. Das ist besonders deshalb notwendig, weil die hohe Auslandsverschuldung und die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft zu einer Verringerung des Vertrauens innerhalb und außerhalb des Landes und zur Erosion der Werte geführt haben, die früher als allgemeingültig galten.

Die ungarische Führung ist voller Entschlossenheit, eine Lösung auf dem Wege des demokratischen Sozialismus zu finden. Wir sind für einen Sozialismus, dessen Bestandteil die Marktwirtschaft ist, die auf gemischten Eigentumsformen beruht, wobei jedoch die dominierende Rolle der kollektiven Eigentumsformen bestehen bleibt, wir sind für Pluralismus, Demokratie und Selbstverwaltung. Heute besteht unsere wichtigste Aufgabe darin, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Das bindet uns in bedeutendem Maße die Hände und lenkt die geistige und materielle Energie ab. Gleichzeitig sind wir überzeugt, daß auch die moralische Geschlossenheit der Gesellschaft, die Achtung der

nationalen und europäischen Werte eine unabdingbare Voraussetzung für die Erneuerung des Sozialismus sind. Durch die Verwirklichung der allgemeinen humanitären Normen nähern wir uns der Schaffung eines sozialistischen Rechtsstaates.

Bei der Annahme dieser Beschlüsse berücksichtigten wir auch, daß die vor mehr als 20 Jahren begonnene ungarische Reform immer noch nicht abgeschlossen ist. Wie unsere Erfahrungen beweisen, ist sie deshalb nicht abgeschlossen, weil sie sich früher nur auf das wirtschaftliche Leben, mehr noch - nur auf einzelne seiner Elemente erstreckte. Es war uns eine Lehre: Die Wirtschaftsreformen können ohne eine Reform der politischen Struktur und ohne die Entfaltung der Demokratie nicht erfolgreich sein. Eingedenk dessen dürfen wir auch nicht vergessen, daß die politische Reform kein Selbstzweck ist, daß sie nur in enger Harmonie mit der Umgestaltung der Wirtschaft zu einer stabilen Entwicklung und zur Hebung des Lebensniveaus des Volkes beitragen kann. Nur ein solches Herangehen vermag uns von extremistischen Tendenzen abzugrenzen - sowohl von der konservativen Rückkehr zur bisherigen Praxis, als auch von den Versuchen, die auf die Wiedererrichtung einer bürgerlichen Gesellschaft gerichtet sind.

Wie unsere Erfahrungen zeigen, wird die Entwicklung aufgrund bestehender unterschiedlicher Interessen in der Gesellschaft unvermeidlich von Diskussionen begleitet. Die ungarische Führung ist sich darin einig, daß der Übergang zum demokratischen Sozialismus auf friedlichem Wege, im Rahmen der Verfassung gesichert werden muß. Dem Parteitag der USAP, der im Herbst d. J. zusammentrifft, obliegt es, den politischen Kurs der Partei zu bestimmen.

Liebe Genossen!

Wir Ungarn schöpfen unsere Kraft daraus, daß unsere nationalen und gesellschaftlichen Bestrebungen mit den Hauptrichtungen der Umgestaltung in der Sowjetunion und den in den anderen sozialistischen Ländern vor sich gehenden Veränderungen übereinstimmen.

159

Das gleichgelagerte Streben nach Verwirklichung einer Reform und die reale Berücksichtigung der Tatsachen sind unseres Erachtens einander bestärkende Faktoren der Erneuerung des Sozialismus, ein bedeutendes Potential in den Beziehungen unserer Länder. Wir solidarisieren uns mit dem in den sozialistischen Ländern vor sich gehenden Prozeß der Suche nach einem neuen Weg und möchten aus den Erfahrungen aller unserer Verbündeten Kraft schöpfen. Gleichzeitig bauen wir auf das Verständnis, das Vertrauen und die Toleranz unserer Verbündeten gegenüber dem Erneuerungsprozeß, der sich in Ungarn vollzieht.

Die Identität unserer grundlegenden Interessen macht es möglich und notwendig, von der früheren monolithen Auslegung der Einheit abzugehen, neue Formen der Beziehungen der sozialistischen Länder auszuarbeiten und konsequent anzuwenden sowie auf dieser Grundlage unsere Zusammenarbeit auf ein höheres Niveau zu heben. In unsern Beziehungen wäre als Minimalprogramm die volle Einhaltung der allgemeingültigen Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen zu erörtern, die in der Schlußakte von Helsinki und anderen internationalen Dokumenten bekräftigt wurden. Es wäre notwendig, eine gleiche Partnerschaft wie auch eine Bündnissolidarität und eine gemeinsame Abwehr einer möglichen äußeren militärischen Gefahr zu realisieren.

Natürlich wählen unsere Länder selbständig die zweckmäßigsten Wege und Mittel für ihre Entwicklung und tragen dafür die Verantwortung vor allem gegenüber den Völkern ihrer Länder. Wir müssen jedoch auch anerkennen, daß jede nationale Lösung auch auf die anderen Länder Einfluß hat. Das seinerseits schließt eine konstruktive, schöpferische Diskussion und einen offenen Meinungs austausch zwischen unseren unabhängigen, souveränen, jedoch durch Millionen Fäden der Vergangenheit, Gegenwart und - so hoffen wir - der Zukunft verbundenen Ländern nicht aus, sondern setzt dies voraus. Es besteht kein Grund dafür, daß irgendeiner von uns die Rolle des Lehrers bzw. Schülers spielt. In unseren zwischenstaatlichen Beziehungen gibt es keinen Platz für Belehrungen und Beschuldigungen. Wir sind überzeugt, daß die Epoche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen durch militärische und jegliche andere Mittel, die Epoche der sogenannten Breshnew-Doktrin endgültig der Vergangenheit angehört.

Grundlage unseres Verhaltens müssen Offenheit, Verständnis und Toleranz gegenüber den realen historischen, politischen und wirtschaftlichen Problemen sowie die gegenseitige Suche nach Lösungen sein. Das ist besonders deshalb notwendig, weil klar ist: Für die nachfolgende Periode werden ein unterschiedliches Herangehen und eine Vielfalt von Lösungen charakteristisch sein.

Verehrte Tagungsteilnehmer!

In dem seit der Warschauer Tagung im vergangenen Jahr verflöhen Zeitraum haben sich in den internationalen Beziehungen die günstigen Veränderungen verstärkt. Wir sind überzeugt, daß die Epoche des kalten Krieges zu Ende gegangen ist. Die Spuren ihrer zerstörerischen Wirkung sind noch sichtbar, doch es kristallisiert sich deutlich eine friedliche Regelung neuen Typs heraus. Einen immer umfassenderen Charakter erlangen die "friedensstiftenden" Beziehungen der beiden führenden Mächte der Welt, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, fruchtbringend entwickelt sich die Zusammenarbeit nicht nur in den Fragen der Abrüstung, sondern auch auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Lösung globaler Probleme. Der Prozeß der Regelung regionaler Konflikte hat begonnen und erweckt Hoffnungen. Davon zeugen das Beispiel Afghanistan und die Schritte in Richtung der Regelung des iranisch-irakischen Konflikts, der Krisensituationen im Süden Afrikas und in Kambodscha.

Zur gegenseitigen Zufriedenheit verläuft die Erfüllung des Vertrages über die Liquidierung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite und der Stockholmer Vereinbarungen. Gewaltige und günstige Veränderungen vollziehen sich in Europa. Es wurden offizielle Kontakte zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hergestellt. Die meisten unserer Länder führen erfolgreiche Verhandlungen mit der an Stärke gewinnenden westeuropäischen Integration. Zwischen beiden militärisch-politischen Bündnissen, die in entscheidendem Maße die internationale Lage bestimmen, entwickeln sich in dem Maße, wie die traditionelle Vorstellung vom Gegner verblaßt, substantielle Verhandlungen. Neben den

Fragen der Verringerung der Konfrontation und der gegenseitigen Bedrohung sowie konkreten Schritten zur Abrüstung geht es in dem Dialog auch um neue Gebiete der Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen Interessen beruht. Im Falle der Übereinstimmung der Bestrebungen beider Seiten kann in nächster Zukunft ein Abkommen über die faktische Reduzierung der strategischen Offensivwaffen sowie über die vollständige Beseitigung der chemischen Waffen abgeschlossen werden.

Hauptgebiet der positiven Veränderungen ist Europa. Besonders große Bedeutung messen wir den Ergebnissen des Wiener Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei. Das Abschließende Dokument des Wiener Treffens bedeutet den Beginn einer grundlegend neuen Etappe, es hob die gesamteuropäische Zusammenarbeit auf ein qualitativ neues Niveau. Entsprechend dem reichen Programm des Prozesses der multilateralen Zusammenarbeit setzt sich nach Wien die Serie neuer Treffen und Verhandlungen fort.

Es entstehen die Bedingungen dafür, daß sich der Prozeß der Entspannung und des Dialogs auch auf andere Kontinente erstreckt. Es wuchs die Bedeutung der Rolle der UNO. Immer besser können die immensen potentiellen Möglichkeiten dieses Forums der zwischenstaatlichen Beziehungen genutzt werden, wobei somit bekräftigt wird, daß die Demokratisierung und Humanisierung des gesamten Systems der internationalen Beziehungen zu einem globalen Erfordernis geworden sind.

Bei der Entwicklung dieser günstigen Veränderungen kommt dem neuen sowjetischen außenpolitischen Denken und den Initiativen der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die entscheidende Rolle zu. Das konnte deshalb zum Erfolg führen, weil auch unsere Partner zur Zusammenarbeit fähig und bereit waren. Unentbehrlich ist jene Rolle, die die nichtpaktgebundenen und neutralen Staaten in diesem Prozeß spielten und spielen.

Die prinzipielle Verbesserung der Lage ging nicht leicht vonstatten, sie erforderte Anstrengungen. Es mußte um jedes Teilergebnis gerungen werden, und zwar nicht nur mit dem westlichen Bündnissystem, sondern auch mit uns selbst, innerhalb unseres Bündnisses. Gleichzeitig wäre es falsch anzunehmen, daß die in Gang gekommenen Prozesse endgültig unumkehrbar geworden sind und sich wohl von selbst weiterentwickeln.

Die führenden Kreise der militärisch-industriellen Komplexe widersetzten sich nach wie vor der günstigen Richtung der Veränderungen. Die Reaktionen des Westens auf unsere einseitigen Abrüstungsschritte sind ebenfalls bezeichnend. In ihnen ist die Hoffnung lebendig, daß es ihnen durch das Wettrüsten gelingen wird, die sozialistischen Länder wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Wir müssen genau, ohne Illusionen auch die politischen Bestrebungen der führenden kapitalistischen Kreise sehen. Nur schwer sterben die gewohnten alten Klischees ab, das Auftreten neuer innerer Schwierigkeiten kann auch die Energie von den positiven internationalen Bemühungen ablenken, wie auch die Verslossenheit und die Starrheit die Verbreitung günstiger Tendenzen in den internationalen Beziehungen verlangsamen können.

Hauptaufgabe unseres Bündnisses ist es, die günstigen Veränderungen zu verankern, sie zu allgemeinen und unumkehrbaren Veränderungen zu machen. Die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses muß zur bestimmenden Richtung unserer Aktivitäten werden. Unsere Länder, jedes einzeln und gemeinsam, müssen Anstrengungen zur Entwicklung aller Gebiete der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, zur Achtung und Einhaltung der im Rahmen des in Helsinki begonnenen Prozesses ausgearbeiteten Normen sowie zur Erarbeitung neuer, effektiverer Formen der Zusammenarbeit unternehmen. Unser Ziel ist es, Europa durch freiwillige, doch auf gemeinsamen Interessen beruhende Schritte aller Staaten unseres Kontinents in eine Zone der politischen und militärischen Sicherheit, der ökonomischen, wissenschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit zu verwandeln.

163

Deshalb müssen wir auch künftig mit Initiative auftreten. Unsere konkreten und begründeten Vorschläge spielten eine Rolle dabei, daß in den Wiener Verhandlungen über konventionelle Rüstungen eine Übereinkunft bezüglich der Ziele, des Charakters und der Hauptgebiete der Reduzierung erzielt wurde. Die auf der Tagung des Nordatlantischen Rates im Mai unterbreiteten Vorschläge zeugen davon, daß die Teilnehmerländer der NATO die Entschlossenheit und Aufrichtigkeit unserer politischen, auf die Abrüstung gerichteten Bestrebungen nicht unbeachtet lassen können. Wir müssen - sei es in Form neuer Vorschläge - unsere Entschlossenheit stärken, das Verhandlungstempo beizubehalten sowie in kürzester Frist die Unterzeichnung und Verwirklichung eines entsprechenden Abkommens zu erzielen. Diese Schritte können bereits jetzt einen deutlich günstigen Einfluß auf die politische und ökonomische Situation unserer Länder ausüben und werden das umso mehr in der Zukunft tun.

Wir teilen die Meinung des Genossen Gorbatschow: Wir müssen das Interesse der Mitgliedsländer der NATO nutzen und bis 1992 bei der Verwirklichung der Abrüstung auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte in Europa einen bedeutenden Erfolg erzielen. Das würde die Verhandlungen zu den taktischen Kernwaffen beschleunigen und dem KSZE-Prozeß einen Impuls verleihen.

Wir begrüßen die Erklärung des Genossen Gorbatschow zum Abzug der im Ausland befindlichen Truppen. Die ungarische Seite ist bereit, in diese Verhandlungen einzutreten.

Unseres Erachtens kann eine detaillierte Ausarbeitung früher geäußerter Einzelüberlegungen eine Hauptrichtung unserer Vorschläge werden. So schafft zum Beispiel die Bereitschaft der NATO, die Luftstreitkräfte in den Verhandlungsgegenstand zu den konventionellen Rüstungen einzubeziehen, eine günstigere Möglichkeit, um eine Umverlegung der Jagdbomber F 16 nach Italien zu verhindern. Als vielversprechend können sich die Ideen erweisen, ein europäisches militärisches Zentrum zur Verminderung der Gefahr zu schaffen und zwischen den beiden



Blöcken militärische und besonders politische Verhandlungen zu führen. Für uns ist es notwendig, ebenfalls den Kreis der Fragen zur Anknüpfung von Beziehungen zwischen den Parlamenten, gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien der 35 Staaten zu konkretisieren. Besondere Aufmerksamkeit verdienen ebenfalls solche neuen Gebiete der Zusammenarbeit wie das gemeinsame Auftreten gegen Terrorismus, gegen Drogen- und Waffenhandel und gegen die Verbreitung von Raketentechnik.

Wir sind der Meinung, daß es die prinzipiellen Interessen unserer Länder erfordern, den Themen des "zweiten Korbes" größeres Augenmerk zu schenken. Neben der Beseitigung von Hindernissen auf dem Gebiet des Handels und der Verbesserung der konkreten Bedingungen gibt es unseres Erachtens die vielversprechendsten Möglichkeiten auf dem Gebiet einer entwickelteren ökonomischen und finanziellen Zusammenarbeit, des Kapital- und Technologieexports, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und des Umweltschutzes. All das beschränkt nicht nur nicht, sondern erfordert im Gegenteil schnellstens eine beschleunigte Entwicklung der Mechanismen der multilateralen und bilateralen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder und insbesondere eine grundlegende Reform der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW. Wenn wir die Ausdehnung unserer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern anstreben, so möchten wir eine Vervollkommnung des Verrechnungssystems und die Anwendung von Geldmitteln erzielen. Der Aufbau unserer Wirtschaftsbeziehungen in Europa erfordert die Eröffnung nicht alternativer, sondern aufeinander aufbauender Möglichkeiten, für deren Nutzung - ähnlich den Gebieten der militärisch-politischen Sicherheit - der konsequente Verzicht auf das alte Herangehen und die Ausarbeitung neuer Initiativen notwendig sind. Wir müssen uns an die allgemeine Ordnung des Funktionierens der Weltwirtschaft anpassen; würde man mit einer gegenteiligen Entwicklung rechnen, so wäre das politische Kurzsichtigkeit.

Eine analoge Situation ist auch im dritten Bereich des gesamteuropäischen Prozesses zu beobachten, dessen Bedeutung wächst - auf dem Gebiet der Menschenrechte, der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Information, der Kultur und der Bildung. Die

Konferenzen von Wien, London und Paris zeigten, daß die Zusammenarbeit im humanitären Bereich unsere Möglichkeiten auch in den beiden anderen Hauptbereichen der allgemeinen Sicherheit - den militärischen und ökonomischen Beziehungen - um ein Vielfaches steigert. Vor unseren Völkern und vor der ganzen Welt tragen wir die Verantwortung dafür, daß der Beitrag des Sozialismus auf diesem Gebiet nicht kleiner, sondern in allen Beziehungen größer ist, was man heute noch nicht sagen kann. Wir vertreten die Meinung, daß wir das auf einer ganzen Reihe von Gebieten erreichen können. Erinnern wir uns hier solch wichtiger Fragen wie der Gewährleistung und der Erweiterung der Rechte unserer Bürger, darunter auch der nationalen Minderheiten, der Entwicklung der Information, des kulturellen und des geistigen Austausches. Dies wird zugleich die Basis der europäischen und der breiteren internationalen Zusammenarbeit erweitern.

Daneben besteht eine grundlegende Bedingung für den Erfolg unserer Initiativen auch darin, die übernommenen Verpflichtungen umfassend und ehrenvoll zu erfüllen. Dies muß auf die allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts, auf die UN-Charta, auf die internationalen Vereinbarungen zu den Menschenrechten, auf die Schlußakte der Helsinki-Konferenz und auf die anderen Dokumente des gesamteuropäischen Prozesses, insbesondere auf alle Bestimmungen des Abschließenden Dokuments des Wiener Treffens der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ausgedehnt werden. Wären wir auf diesem Gebiet inkonsequent, ließen uns von subjektiven Überlegungen leiten bzw. verhielten uns gegenüber einem beliebigen der "drei Körbe" selektiv, so würden wir das Vertrauen in die Politik des Sozialismus und somit die Interessen unseres Bündnissystems insgesamt gefährden.

Liebe Genossen!

Im vergangenen Zeitraum trat auch die Erneuerung unseres Systems der Zusammenarbeit auf die Tagesordnung der Bündnisbeziehungen unserer Länder. Die Organisation des Warschauer Vertrages, die eine wichtige Rolle bei der Erhaltung des Friedens und der Si-

cherheit in Europa spielte und spielt, erfordert ebenfalls eine Vervollkommnung in Übereinstimmung mit der Entwicklung des internationalen Systems der Beziehungen. Die grundlegende Idee des Warschauer Vertrages wurde heute richtig aktuell.

Wir sind der Meinung, daß neben der Erhaltung der Grundfunktionen des Warschauer Vertrages so vorgegangen werden muß, daß unser Bündnis auch unter den sich schnell ändernden Bedingungen unserer Epoche seine Rolle erfüllen kann, daß es neben der Erhaltung des Gleichgewichts aktiv und initiativreich die Schaffung neuer Garantien für die europäische Sicherheit fördert und seinen Beitrag zur Errichtung des gemeinsamen europäischen Hauses leistet. Solange zwei Militärblöcke existieren, muß der Warschauer Vertrag gleichzeitig als entsprechendes Gegengewicht wie auch in immer stärkerem Maße als Partner für die Zusammenarbeit wirken. Die Abschaffung der militärisch-politischen Blöcke ist nur durch die Schaffung neuer kollektiver Garantien, die die Blöcke ersetzen würden, möglich. Es hat den Anschein, daß in den europäischen Prozessen Vorwärtswebewegungen in dieser Richtung erfolgten, auf das Tempo dieser Entwicklung können jedoch sehr viele Faktoren Einfluß nehmen.

Im Warschauer Vertrag müssen wir - unter Berücksichtigung des Verlaufes der gesamteuropäischen Prozesse - die Demokratie im Inneren der Organisation und den Arbeitsmechanismus der Zusammenarbeit entwickeln. Unseres Erachtens ist es wünschenswert, das Augenmerk auf folgende Grundfragen zu lenken:

Wir schlagen vor, auf allen Ebenen den Arbeitscharakter der Treffen zu verstärken und einen freien Meinungs austausch anzustreben. Es wäre wünschenswert, die Offenheit der Arbeit zu verstärken und die Formalitäten zu reduzieren. Wir schlagen vor, den Umfang und möglichst auch die Zahl der für die Veröffentlichung vorgesehenen Dokumente zu begrenzen. Es ist jedoch notwendig, mehr interne Empfehlungen für die Führung der Teilnehmerstaaten zu wichtigen internationalen Fragen vorzubereiten.

Wir schlagen vor, die innere Demokratie sowie die Flexibilität der Organe der politischen und der militärischen Zusammenarbeit zu stärken und Regeln ihrer Wirkungsweise, einschließlich der Widerspiegelung unterschiedlicher Positionen in den internen Dokumenten und Bezugnahme auf sie in den zu veröffentlichenden Materialien, zu erarbeiten.

Es ist wünschenswert, den Tätigkeitsbereich des Generalsekretärs auf dem Gebiet der Koordination und der Organisation zu erweitern und ihm die Möglichkeiten einzuräumen, in den Beziehungen mit dritten Ländern oder Organisationen die gemeinsame Position zu vertreten.

Unter Berücksichtigung der großen und stetig wachsenden Bedeutung der humanitären Fragen und der mit den Menschenrechten zusammenhängenden Fragen schlagen wir vor, den Mechanismus der politischen Zusammenarbeit durch die Schaffung einer speziellen Kommission auf der Ebene der Stellvertreter der Minister zu erweitern, die regelmäßig alle Aspekte dieses Gebietes erörtern würde. Einen ähnlichen Vorschlag, der von unseren Spezialisten bereits eingebracht wurde, bekräftigend, wiederhole ich: Ungarn ist bereit, Aufgaben zur Koordinierung der Tätigkeit auf diesem Gebiet zu übernehmen.

Es ist wünschenswert, die Arbeit der Sonderkommission für Abrüstungsfragen regelmäßiger zu gestalten. Wir erhöhen ihre Verantwortung dann, wenn an ihrer Arbeit neben den Stellvertretern der Minister für Auswärtige Angelegenheiten auch die Chefs der Generalstäbe teilnehmen.

Außerdem ist es notwendig, die Zusammenarbeit der politischen und der militärischen Organe zu verbessern.

Eine dringende Aufgabe besteht in der Demokratisierung der Tätigkeit der militärischen Organe. Wir begrüßen die Bereitschaft der sowjetischen Seite, auf diesem Gebiet schöpferisch suchend wirksam zu werden. Ausgehend von den Realitäten erachtet es die ungarische Seite bereits heute als möglich, die gegenwärtigen Aufgaben des Militärrates dem Komitee der Vertei-

digungsminister und dem Stab der Vereinten Streitkräfte zu übertragen. Die leitenden Vertreter der verbündeten Armeen beim Stab der Vereinten Streitkräfte könnten bei der Zusammenarbeit und der Unterhaltung der Kontakte ebenfalls eine aktivere Rolle spielen.

Entsprechend dem oben Dargelegten ist es notwendig, die Bestimmungen über die Vereinten Streitkräfte in Friedens- und Kriegszeiten so zu präzisieren, daß in ihnen das neue politische Denken und die neue Verteidigungsdoktrin zum Ausdruck kommen und zugleich mit den Verbündeten die Interessen der Teilnehmerstaaten besser realisiert werden.

Richtig wäre es, den Spezialisten, denen die Arbeit zur Vervollkommnung des Mechanismus der Zusammenarbeit übertragen wurde, folgende Aufgabe zu stellen: einen gemeinsamen Entwurf für ein Dokument der Teilnehmerstaaten zu erarbeiten und ihn auf einer gemeinsamen Tagung der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und der Minister für Verteidigung zu unterbreiten, die bis zur nächsten Tagung des PBA in Moskau einen Vorschlag zu empfohlenen Änderungen vorbereiten würde.

Liebe Genossen!

Wir sind mit dem Inhalt der vorgelegten Dokumente einverstanden. Im Namen unserer Delegation danke ich dem Vereinigten Sekretariat für die erfolgreiche Vorbereitung der Tagung und unseren Gastgebern für die Gewährleistung der für die Arbeit notwendigen Bedingungen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.